

# Wilsdruffer Tageblatt

Nationale Tageszeitung für Landwirtschaft und alle anderen Stände des Wilsdruffer Bezirks

Das Wilsdruffer Tageblatt erscheint an allen Werktagen nachmittags 4 Uhr. Abonnements monatlich 2,- RM. frei Haus, bei Vorbestellung 1,50 RM. jährlich 18,- RM. alle Postämter und Postfachstellen, nehmen zu abonnieren. Im Falle überer Betriebsstörungen besteht kein Anspruch auf Verlängerung der Zeitung oder Rückgabe des Abonnementpreises. Rücksendung erfolgt nur, wenn Rückporto beiliegt.



Anzeigenpreise laut allgemeinem Tarif Nr. 4. — Nachweisungsgebühr: 20 Hg. — Verantwortliche: Verlagsdirektion und Verlagsredaktion werden nach Möglichkeit berücksichtigt. — Für die Richtigkeit der Angaben über die Zeitungspreise ist keine Haftung zu übernehmen. — Jeder Werbeantrag muß mit dem Namen des Auftraggebers versehen sein. — Jeder Werbeantrag muß mit dem Betrag zum Abdruck eingezahlt werden oder der Auftraggeber in Kontokorrent.

Das Wilsdruffer Tageblatt ist das zur Veröffentlichung der amtlichen Bekanntmachungen der Amtshauptmannschaft Meißen, des Stadtrats zu Wilsdruff, des Forstrentamts Tharandt und des Finanzamts Rössen behördlicherseits bestimmte Blatt

Nr. 197 — 94. Jahrgang      Telegr.-Adr.: „Tageblatt“      Wilsdruff-Dresden      Postfach: Dresden 2640      Sonnabend, den 24. August 1935

## Welt-Baumwollnöte.

England will 25 Prozent seiner Baumwollspinnereien verschrotten — Eifässische Baumwollindustrie droht mit Abwanderung nach Ägypten — Amerikas verfehlte Baumwollpolitik.

Der gewaltige Prozeß der Umwertung aller Werte, der in der Nachkriegszeit begann, ist noch keineswegs abgeschlossen. Im Gegenteil. In der Politik wird nach neuen Formen und Inhalten, in der Wirtschaft nach neuen Grundlagen und Grundrissen gesucht, und alles ist in Fluß. Wenn Dr. Schacht auf der Königsberger Schmelze in seiner großen Eröffnungsrede hervorhob, daß die deutsche Handelspolitik sich größtenteils verschoben habe, so wies er damit bereits auf den Umstellungsprozeß hin, der sich heute in der ganzen zivilisierten Welt vollzieht. Gleichgültig ob es sich um Rohstoffländer handelt oder um Industriestaaten.

Wohl den stärksten Wandel mußten sich in den letzten Jahren zweifellos die großen Baumwollländer der Welt gefallen lassen. Das Schlagwort von den „Welt-Baumwollnöten“ ist allgemein bekannt. Und doch ist diese Not keineswegs allerjüngsten Datums, wenn sie auch heute erst in aller Munde ist. Tatsache ist, daß durch den Krieg allgemein, vor allem auch bei den jüngeren Völkern die Erkenntnis von der Gefährlichkeit der starken Abhängigkeit von den großen Industriestaaten erwachte. Um diese Abhängigkeit, wo nicht völlig abzuschütteln, so doch zu mildern, entschlossen sie sich noch zum Aufbau eigener Industrien. Naturgemäß wandte man sich bei dem Aufbau eigener Industrien zunächst denen zu, die am leichtesten aufzubauen waren, während die typische Schwerindustrie nur sehr langsam folgte. Zu den leicht anzulegenden Industriezweigen gehörte in erster Linie die Textilindustrie. Was Wunder, daß diese heute fast allenhalben in allen größeren Nationalwirtschaften auf- und ausgeht. Die notwendige Folge davon ist, daß die Textilindustrie, namentlich die Baumwollindustrie der alten Industriestaaten an der allgemeinen wirtschaftlichen Belebung keinen Anteil, sondern im Gegenteil mit den größten Schwierigkeiten zu kämpfen hat. Auch in der deutschen Baumwollindustrie, die früher große Ausfuhrerlöse hatte, ist diese Umstellung zu spüren. Allerdings wurden hier die Rückschläge größtenteils durch die ausgezeichnete Binnenkonjunktur ausgemildert.

Geradezu katastrophal haben sich aber die Zustände im Ausland gestaltet. Das Mißverhältnis zwischen der Leistungsfähigkeit der industriellen Anlagen und den Absatzmöglichkeiten ist derartig groß geworden, daß man heute in der Verschrottung von Baumwollspinneln einen wichtigen Ausweg sieht. In England wird zur Zeit an einem Geleis gearbeitet, demzufolge zehn Millionen Spinneln, d. h. etwa 25 Prozent der vorhandenen Spinnelzahl verschrottet werden sollen. Derselbe Prozeß wird nun auch in Eifas erhoben. Nach Bebauung der eifässischen Textilindustrie werden die dortigen Anlagen infolge des Ausfuhrmangels nur noch zu 40 Prozent ausgenutzt. Die Preise für Baumwollzeugnisse decken heute nur noch 60 Prozent der Selbstkosten. Da Vereinbarungen über die Beschränkung der Arbeitszeit an dem Gegensatz zwischen der eifässischen und der amerikanischen Industrie scheiterten, werden neuerdings auch im Eifas immer mehr Stimmen laut, die nach dem englischen Beispiel der Verschrottung der Spinneln das Wort reden. Andere Baumwollindustrielle erklären ganz offen, ihre Betriebe in's Ausland, namentlich nach Ägypten zu verlegen, falls die Regierung nicht für einen besseren Saub der eifässischen Textilindustrie, die vor dem Kriege Welttrug besaß, Sorge trägt. Damit würden sie dem Beispiel ihrer Nachbarländer folgen, die verlockt durch günstige Lohnbedingungen, sich für Neuanlagen in Ägypten anwerben ließen. Was eine derartige Abwanderung für das Ursprungsland bedeutet, liegt auf der Hand: in wenigen Jahren schärfster Wettbewerb der neuen Industrie des jungen Staates gegenüber der altbewährten Industrie des Heimatlandes.

Die größten Baumwollschwierigkeiten hat aber wohl Amerika, das in den letzten Jahren einmal seine Ausfuhr fast geringer werden sah und zum andern auch im Inland den Verbrauch trotz aller Anstrengungen nicht steigern konnte. Die Ausfuhrfrage wurde dadurch so schwierig für Amerika, als es sich nicht bereit fand, wie die übrigen Baumwollländer, Baumwolle im Tauschwege zu liefern. An dieser hartnäckigen Ablehnung des Kompensationsverkehrs verzweifelte sich das Baringsgeschäft nach Deutschland fast vollständig. Die amerikanische Baumwollausfuhr nach Deutschland sank von 1,43 Millionen Ballen auf 443 000 Ballen. Aber auch in allen andern europäischen Ländern ist der Absatz in amerikanischer Baumwolle erheblich zurückgegangen. Doppelte Beanspruchung herrscht zur Zeit in allen amerikanischen Baumwollinteressierten Kreisen, wo die erste neue amtliche Schätzung der Baumwollernte der U.S.A. ergeben hat, daß

## Die Katholikenverfolgung in Belfast.

Gravenhafte Einzelheiten.

Der Bischof von Down und Connor, Dr. Mageean, richtete an Ministerpräsident Baldwin ein in scharfster Form gehaltenes Schreiben, in dem die Regierung von Nordirland für die blutigen Katholikenverfolgungen verantwortlich gemacht und eine peinlich genaue Untersuchung über die Natur und Ursachen der kürzlichen Ausschreitungen in Belfast gefordert wird.

Der Bischof schildert die Art, in der die Katholiken in Belfast vom Böbel verfolgt worden seien. Unter den Leidenenschaften der Strafe hätten die Katholiken,

nur mit Nachtgewändern angetan, um ihr Leben retten müssen. Eine Mutter mit ihrem zwei Tage alten Kind auf dem Arm sei auf die Straße geworfen worden (!)

und sogar vor ehemaligen Kriegsteilnehmern habe man nicht Halt gemacht; sie seien gewaltsam aus ihren Heimstätten vertrieben worden, und ihre Möbel habe man verbrannt. Alles das habe sich unter den Augen der bewaffneten Streitkräfte der britischen Krone zugegetragen. Die noch unvollständige Liste der aus ihren Wohnstätten vertriebenen Familien gebe 1003 Männer, Frauen und Kinder an, und die Verreibungen hätten auch dann noch angehalten, nachdem er, der Verfasser, bei dem Ministerpräsidenten Lord Craigavon Einspruch erhoben habe.

Wie verlautet, hat der Bischof von dem Büro des Ministerpräsidenten Baldwin eine kurze Empfangsbestätigung erhalten, in der darauf hingewiesen wird, daß Baldwin sich zur Zeit auf Urlaub befinde.

Wir hoffen, daß dieser erschütternde Bericht des irischen Bischofs von den katholischen Deutschen mit größter Aufmerksamkeit gelesen, zugleich aber auch ihre „angeblich stark gefährdete Lage“ im Dritten Reich mit den Verfolgungen der Katholiken in Irland verglichen wird. Im Dritten Reich brauchte bisher noch kein einziger Bischof sich an die Reichsregierung zu wenden, um Abhilfe gegen derartige Drangsalierungen an Körper und Eigentum zu erreichen: im Gegenteil, im Dritten Reich kann jeder Mensch, ob Katholik oder Protestant, nach seiner Meinung selbst wählen; keinem Katholiken ist bisher in Deutschland auch nur ein Pfennig geraubt oder ihm körperlicher Schaden zugefügt, noch ihm seine Arbeitsstätte genommen worden. Die katholischen Deutschen können genau so unbedenklich ihrem Lebenserwerb nachgehen wie jeder andere Volksgenosse; und trotz alledem finden sich unter den, in diesem Fall deutschen Katholiken (nicht katholischen Deutschen) noch immer Menschen, die diese Tatsachen einfach nicht wahrhaben wollen, weil ihnen damit die Gründe entwidnen werden, mit denen sie ihre vergangene politische Nachstellung zurückerobern wollen. Den verantwortungslosen geistlichen Hege in Deutschland empfehlen wir, sich nur um ihren Glauben und nicht um Politik zu kümmern, ihre Gläubigen im richtigen Gebrauch der Nächstenliebe zu unterrichten, damit die Ueberfälle auf Angehörige der Staatsjugend, die stark den Ereignissen in Irland — nur mit umgekehrten Rollen — gleichen, unterbleiben, und sich täglich mehrere Male als Schuldbekennnis an die Brust zu schlagen: mea culpa, mea culpa, mea maxima culpa!

## Letzte Chance für den Völkerbund.

Die Lage nach dem englischen Kabinettsrat über Abessinien. London will Italien nicht reichen.

Der mit so viel Spannung verfolgte Kabinettsrat in London, der über die englische Haltung im Abessinienkonflikt entscheiden sollte, hat keine Änderung des bisherigen Kurses gebracht. Die Lage ist völlig unverändert: Das Verbot der Ausfuhr von Kriegsmaterial aus England nach Abessinien bzw. Italien bleibt bestehen, und zwar, wie in konservativen Londoner Kreisen betont wird, mit Rücksicht auf die italienische Reichweite. England wird nach wie vor eine Völkerbundspolitik befolgen, und eine Erklärung über die Frage von Sanktionen wird bis auf weiteres nicht abgegeben werden. Dem Völkerbundsrat, der am 4. September in Genf nochmals, angeblich zum letztenmal, sich mit dem Abessinienkonflikt befassen wird, ist also jetzt die Entscheidung zugesprochen worden. Es wird eine Schicksals-tagung des Völkerbundes werden.

Die englische Presse äußert übereinstimmend ihre volle Befriedigung über den Beschluß des Kabinetts, vorläufig keine Sondermaßnahmen gegen Italien zu unternehmen und sich nur an einem Gesamtvorgehen der Völkerbundsmächte zu beteiligen. In allen Blättern wird darauf hingewiesen, daß die Verweigerung des Waffenexportverbots dazu dienen soll, Frankreich die Möglichkeit zu weiteren Verhandlungen mit Italien zu geben, um am 4. September in der Völkerbundssitzung in Genf doch noch zu einer friedlichen Lösung des Abessinienkonflikts zu gelangen. Es wird von den meisten Zeitungen als sicher bezeichnet, daß Italien an der Tagung teilnehmen und seine Klagen gegen Abessinien vorbringen werde.

Die diesjährige Ernte einen noch größeren Ertrag als die vorjährige erbringt. Und das, obgleich die Baumwollanbaufläche nicht unwesentlich im letzten Jahre verringert worden ist. Allerdings blieben nur die besten Böden in Bearbeitung, und nur die schlechten blieben unbestockt. Amerikas Hauptproblem in der Baumwollfrage ist die Schaffung des Ausgleichs zwischen den Baumwollproduzenten der Südstaaten und der Baumwollindustrie. Und während die Regierung bisher vergeblich nach einem befriedigenden Ausweg suchte, droht die amerikanische Baumwollindustrie, ähnlich den Elässern, mit Abwanderung, zumal sie in Südamerika gegen das Versprechen, südamerikanische Baumwolle zu verarbeiten, mit offenen Armen ausgenommen wird.

Ein weiterer, der jüngste Wettbewerber der Baumwolle, ist die sogenannte Spinnfaser, deren Erzeugung ständig wächst. Keineswegs nur in Deutschland. Deutschland steht hinter Italien und Japan erst an dritter Stelle in der Spinnfaserverzeugung. Die guten Erfolge, die man bisher mit diesem Gewebe gemacht hat, sind freilich dazu angetan, in der nächsten Zeit die Baumwollmärkte der Welt noch härter einzuzengen als bisher.

Für die englische Politik gelte es jetzt, bis zum Zusammentritt des Völkerbundsrats alle Maßnahmen zu vermeiden, durch die Italien gereizt werden könne.

Man stellt weiter fest, daß England bereit sei, seine Verpflichtungen als Völkerbundsmacht in jeder Hinsicht zu erfüllen und daß die jetzt zum Ausdruck gelangte feste Haltung der englischen Regierung ihren Eindruck in Rom nicht verfehlt habe.

In Paris hat das Ergebnis der Londoner Kabinettsberatungen nicht überrascht, da man eine gemäßigte Haltung des Kabinetts vorausjah und die Vertagung der Anwendung von Sanktionen gegen Italien und die Nichtaufhebung des Verbots der Waffenexporte als einen Gewinn betrachtet. Man stellt fest, die von dem englischen Kabinettsrat wenigstens vorläufig angenommene Haltung nicht alle Gründe vor dem Zusammentritt des Völkerbundsrats abbreche. Nichts sei geschehen, was Italien dazu bringen könne, in Genf nicht zu erscheinen. So sei

nach eine Frist und Raum für eine verständliche Lösung geblieben.

Allgemein deutet man in Paris die Beschlüsse des englischen Kabinetts als den Wunsch, die italienische Empfindlichkeit nicht zu verletzen. Wenn, so erklärt u. a. der dem französischen Außenministerum nachsehende „Petit Parisien“, ein prinzipieller Entschluß in bezug auf Sanktionen in London getroffen wäre, so hätte es im Widerspruch mit der allgemeinen Politik des Kabinetts gestanden, diesen öffentlich zu verkünden; denn die Politik des Kabinetts bestände für den Augenblick darin, unter den bestmöglichen Bedingungen und im engen Einverständnis mit Frankreich die im Gange befindlichen diplomatischen Bemühungen fortzusetzen, um die Krise durch eine friedliche Lösung zu entwirren.

Nach der Beurteilung in Rom sieht man die Gefahr einer Anwendung von Sanktionen im Ernstfalle, trotz der gemäßigten Haltung des englischen Kabinetts, noch nicht beseitigt.

sondern eher vergrößert. Die Besprechungen mit den Parteiführern werden, so meint man in Rom, die englische Regierung offenbar zu der Überzeugung gebracht haben, daß gerade die Mehrzahl der befragten Parteiführer sich für derartige Maßnahmen einsetzen wird. So wollten, wie man wissen will, besonders die Konservativen glauben machen, daß eine Besetzung Abessinien durch Italien das englische Weltreich bedrohe und daher englische Gegenmaßnahmen unvermeidlich mache.

Die Entscheidung des britischen Kabinetts, unverändert an den Grundlinien des Völkerbundes festzuhalten, veranlaßt die amerikanische Presse u. a. zu der Äußerung, daß das Kabinettsrat damit dem Völkerbund eine letzte Chance gegeben habe.